



Eine solche Lösung braucht aber nicht nur sehr große finanzielle Mittel, sondern auch viel Zeit.

Der Vortragende kam hierauf auf die von Prof. Lorenz geführte Bewegung „Die Schweiz den Schweizern“ zu sprechen, die er sehr begrüßt. In vielen großen und kleinen Dingen wird der Versuch gemacht, zu zeigen, worauf es ankommt, und den einzelnen Bürger anzusprechen, sich aktiv einzusetzen. Bernünftigerweise werden den aus dieser, wie übrigens aus jeder neuen Bewegung entstehenden Uebertreibungen von Lorenz selbst von Zeit zu Zeit Grenzen gesetzt. Naturgemäß hat auch eine solche Bewegung, die nur in Gang gesetzt werden kann durch die Darstellung von extremen Erscheinungen, gewisse Gefahren. Ich habe in meinem Vortrag am Auslandschweizeritag in Schaffhausen im September dieses Jahres die Stellung des Auslandschweizers im Ausland entgegengesetzt und dargestellt, wie sehr der Umfang der Rechte des Auslandschweizers abhängig ist von der Rechtsstellung, die wir dem Ausländer in der Schweiz einräumen. Ich glaube dort nachgewiesen zu haben, daß die heutige, im Bundesgesetz vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer enthaltene Ordnung, wie auch die mit den hauptsächlichsten für uns in Betracht fallenden Ländern abgeschlossenen Niederlassungsverträge und ihre in der Nachkriegszeit zum Teil durch neue Abreden festgelegte Auslegung den Interessen unseres Landes und ganz besonders denen unserer Auslandschweizer durchaus entsprechen. Wenn ich dort gesagt habe, daß ein kleines Land wie die Schweiz auf die Dauer auf diesem Gebiete nur durchkommen könne, wenn es eine feste, auf lange Sicht abgesteckte u. auf festerer Rechtsgrundlage ruhende Politik treibe, so bleibe ich, trotz ergangener Kritik, bei der Richtigkeit dieser Feststellung. Ich möchte ganz besonders erneut hervorheben, daß ein kleines Binnenland wie die Schweiz, dessen Tradition die heute ganz besonders notwendige Politik der Neutralität ist, es sich nicht leisten kann, auf dem Gebiete der Behandlung der Ausländer eine Politik für den Tag zu betreiben und ohne Not Hände zu riskieren. Dazu ist das moralische, aber auch das wirtschaftliche Kapital, das bei unsern Auslandschweizern liegt, viel zu bedeutend. Eine fruchtbar Politik kann auf diesem Gebiet nur auf lange Sicht betrieben werden, ohne nervöse Eingriffe um gelegentlicher Unzufriedenheiten willen, so lange diese vorübergehender Art sind. Es würde deshalb gegen unsere Interessen gehen, wenn wir etwa unseren Arbeitslosen oder den zurückgekehrten Auslandschweizern dadurch Platz schaffen wollten, daß wir den Ausländer, der bereits ein Niederlassungsrecht erworben hat, zur Ausreise veranlassen würden. Hier ist also der Bewegung „Die Schweiz den Schweizern“ eine Grenze gesetzt.

Wer trägt übrigens die Schuld daran, daß die Zahl der Ausländer in der Schweiz so groß ist? Wir hätten, trotz der vor dem Weltkrieg fast überall bestehenden internationalen Freizügigkeit, für viele unserer ausgewanderten Landsleute Platz gehabt, wenn der Ausbau unseres Nachwuchses für die Industrie, das Bauhandwerk und andere handwerkliche Berufe, wie Schneider, Coiffeure u. f. w. die nötige Aufmerksamkeit vom Staate geschenkt worden wäre. Immer und immer wieder wird uns bei der Einreichung von Gesuchen für Ausländer entgegengesetzt, es sei ausgeschossen, fähige Schweizer zu finden. Wenn wir aber sehen müssen, wie fogenannte qualifizierte Ausländer mit viel Mühe erst eingearbeitet werden müssen in der Schweiz, was mit Schweizern ebensogut hätte geschehen können, so zeigt das die geschädigten Auswirkungen einer Zeit voller Fehler auf diesem Gebiet.

Eines ist ganz besonders wichtig: die leidenden Stellen eines schweizerischen Unternehmens, wie auch alle wichtigen selbständigen Unterabteilungen sollten grundsätzlich mit Schweizern besetzt werden. Dabei will ich nicht der Ausschließlichkeit der Schweizer das Wort reden, wohl aber gegen die Ausschließlichkeit der Ausländer auftreten.

In wie vielen schweizerischen Vereinen finden wir noch Ausländer als Vorstände, wohl einfach, weil die schweizerischen Mitglieder entweder zu bescheiden sind, sich zu wenig gewandt fühlen oder zu wenig Initiative haben, um die Leitung zu übernehmen. Das gleiche ist der Fall in Gesellschaften mit geistigen oder kulturellen Zwecken und in Berufsvereinigungen oder gar in Gewerkschaften, die eine politische Bedeutung haben. Überall hier sollte der Ausländer grundsätzlich aus dem Vorstand ausgeschlossen sein. Kann er sein Leben auf die schweizerische Umgebung einstellen, so soll er selbstverständlich als Mitglied aufgenommen werden und damit die Gelegenheit

erhalten, die Anpassung ständig enger zu gestalten. Ist er jedoch nicht anpassungsfähig oder versucht er gar, ausländischen Geist in die Vereinigung hineinzutragen, so sollte er ausgeschlossen werden.

Glauben Sie nicht mit mir, daß das ständige Aufstrahlen der Gedankenlosen mit der einfachen Devise „Die Schweiz den Schweizern“ auch dazu führen wird, daß alle Mitbürger, die bestimmend sind auf die Gestaltung der Lehrbücher für unsere Schulen, künftig darum besorgt sein werden, daß kein ausländisches, für die Schulung der Jugend bestimmtes Lehrbuch mehr an einer schweizerischen Schule Eingang findet? Noch schlimmer ist es mit der Schundliteratur aus dem Ausland, die unser Land regelrecht überflutet. Handelt es sich füglich in meinem Briefkasten eine Familienromanzzeitung mit dem poetischen Namen „Unserm Lindenbaum“ und einer billigen Preisliste für das Einzelbest. Die Sache ist aber so aufzufassen, daß ein ganzer Band auf über 20 Franken zu stehen kommt, mit einem Inhalt, der an traurigem Klischee kaum mehr überboten werden kann.

Ein Kapitel ist zu berühren, das oft noch zu wenig beachtet wird, ich meine die ausländischen Journalisten. Könnte nicht ein richtig aufgezogenes Unternehmen die Arbeiten von Schweizern sammeln, sichten und der Schweizerpresse anbieten? Sehr wichtig scheint mir die politische Seite des Problems zu sein. Es ist heute dem Ausländer noch möglich, sich in der schweizerischen Presse anonym zu äußern, ja sogar zu innerpolitischen Fragen zu äußern. Ist das eine gesunde Erscheinung? Sicherlich nicht in einer Zeit, wo wir uns Klarheit verschaffen müssen über die Grundmängel, auf denen unser Land und unser Staat ruhen und über den Weg, den wir beschreiten müssen, um auf den verschiedensten Gebieten nach einem neuen Ausdruck für die neuen Verhältnisse im Zusammenleben unseres Volkes zu suchen. Wir haben eine jahrhundertalte Tradition hinter uns, von der wir uns nicht brüsk lösen dürfen und können, auch wenn wir Neues schaffen wollen. Auch ist jede bedeutende Erneuerung nur möglich, wenn sie aus dem Empfinden und dem Willen des Volkes herauswächst, denn unser Staat ist von unten herauf aufgebaut, von der Gemeinde zum Kanton und vom Kanton zur Eidgenossenschaft. Der Ausländer kann uns dabei nicht helfen, ganz besonders auch der nicht, der sich bemerkt, uns anheimandergucken, was demokratisch sei und was nicht. Wir können ja gar keine andere Staatsform haben als die Demokratie, schon des Aufbaus unseres Staates wegen. Aber sie braucht nicht nach einem Muster A geformt zu sein, das in vielen Aspekten, namentlich solcher Menschen, die einer Diktatur ausweichen sind und uns glauben machen wollen, der Gegenpart zu einer Rechtsdiktatur mache die Diktatur aus. Damit will ich nicht etwa behaupten, daß unsere Zeitungen keinerlei Korrespondenzen von Ausländern aufnehmen sollten. Es würde genügen, wenn sie gezogenen würde, jedesmal ausdrücklich hervorzuheben, daß der Verfasser des Artikels Ausländer ist.

Wer den neuen Ruf sinngemäß und schweizerisch verstehen will, wird es auch nicht so auslegen. Der Ausländer, der längst in einem „Eingefaselt“ in einer großen schweizerischen Zeitung dagegen polemisiert hat, hat die Grundidee verstanden. Er sucht z. B. auch Antisemitismus, wo keiner ist, nur weil die Juden ab und zu kritisiert werden, in der gleichen Art wie wir bei uns alle und alles kritisieren, ganz besonders aber die Fremdenpolizei, deren Vertreter vor Ihnen steht. Es ist ihm deshalb noch nie eingefallen, jemanden als antifremdenpolitischen zu bezeichnen. Das ist übrigens ein Thema, über das, gerade auch im Interesse der schweizerischen Judenheit, einmal offen und ruhig und ohne Vorurteilsvorurteil ebenfalls gesprochen werden muß, so wie wir gewohnt sind, alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens zu besprechen.

Die Diskussion wurde von Stadtrat Dutly eröffnet. Er fragte, warum man in Bern überhaupt die Schundliteratur ins Land läßt. Er äußerte sich hierauf über die Praxis der Verminderung unserer Ueberflutung, wobei er unter anderem die Förderung der Auswanderung von Ausländern empfahl und eine bessere Zusammenarbeit aller Instanzen forderte. Stadtrat Dr. Stauffer freute sich namentlich, daß jemand aus dem Bundeshaus zum Volke kam, um authentisch Auskunft zu erteilen. Die Ueberflutung ist wesentlich ein Problem ausländischer Propaganda. Es muß namentlich das Arbeitslosenproblem gelöst werden. Vor allem sollten wir auch unsere Schweizermädchen wieder in die Familien hineintragen. Oberst Rey billigt die Emigrantenpolitik der Schweiz, Fremdenpolizei. Der

# Panoptikum der Politik

## Fünfzig Verträge in zwanzig Jahren.

Unter den Begleitern des deutschen Außenministers Ribbentrop auf seiner Reise nach Paris befand sich auch ein hoher Beamter des Auswärtigen Amtes namens Doktor Gauss, der bei dieser Gelegenheit ein kleines Jubiläum feierte, nämlich die fünfzigste Vertragsausarbeitung im Dienste Deutschlands. Wenn jemand das Recht hat den Wert internationaler Verträge in diesen Tagen anzuzweifeln, dann ist es wohl jener freundliche ältere Herr.

## Harfenmusik und Weltharmonie.

Es gibt Wirtschaftsmeldungen, die mehr über die Weltstimmung auslegen als lange Berichte. Da liest man in einem englischen Blatt, daß die altehrwürdige Harfenfabrik J. B. Morley dieser Tage für immer schließen mußte. Als Grund wurde angegeben, daß die Hauptabnehmerländer für das zarteste aller Saiteninstrumente nämlich Deutschland, Italien und Rußland, seit dem Aufkommen der autoritären Regierungen nicht mehr Käufer für diese friedlichen Instrumente seien. Die Harfenlänge sind verrostet, der Sarm der Trommeln erfüllt die Lüste.

## Die Vögel und die Kanonen.

Die Aufrüstung läßt unseren geflügelten und vierbeinigen Mitbewohnern die Erde immer ungemittelter erscheinen. In jahrzehntelanger Arbeit hatten deutsche Forscher auf der Insel Helgoland ein ornithologisches Institut aufgebaut das Weltzug beobachtete. Da wurde aus dem friedlichen Refugium der Möwen und Seeadler wieder eine Seefestung. Während der letzten Herbstmonate bröhnten Kanonenschiffe über die Insel aus rotem Eisen und nun sind zum ersten Mal seit langer Zeit die Vögel ausgeblieben. Dafür wird auf Helgoland ein neuer Flugplatz erbaut für Metallvögel oder weniger poetisch ausgedrückt für Bomber.

## Unrasierte — Politisch verdächtig.

Kumantien befindet sich seit der Beschließung des Terroristen Codezium in höchster Aufregung. Zum Protest gegen die gewalttätige Erziehung ihres Führers haben sich nun die

Anhänger der eisernen Garde einige Tage lang den Bart stehen lassen. Der Polizei war diese Demonstration sehr willkommen. Der Polizeichef von Buzarest gab den Befehl kurzerhand alle unrasierten Männer in der Hauptstadt aufzugreifen. Auf diese Weise wurde ein Großteil der Radikalfisten gefangen gesetzt, aber auch einige Unschuldige, die sich aus Nachlässigkeit am Morgen des Stichtages nicht rasieren hatten und nun ihr Verhängnis mit Gefängnisarrest bezahlt mußten.

## Gibt es Wörterbuch?

Der bekannte griechische Völkerbunddiplomate Politis wird in einigen Tagen ein Buch publizieren, das spät, aber vielleicht doch nicht zu spät kommt und zwar ein Wörterbuch für Diplomaten. Bisher hat es mit der Verständigung zwischen den Repräsentanten der Völker ja nicht sehr hervorragend geklappt, vielleicht haben sie sich nur einfach nicht verstanden und wenn sie von der Welt sprachen, in Wirklichkeit den Zucker gemeint?

## Spitzenamen englischer Parlamentarier.

Es ist immer amüsanter zuzuhören, wenn Politiker ein wenig aus der Schule plaudern, man errät da zum Beispiel, daß die noblen und ehrwürdigen Mitglieder des englischen Unterhauses sich untereinander auch nicht viel anders benennen als die Schulbuben einer Klasse. Megan Lloyd George, die Tochter des bekannten Politikers erzählte kürzlich auf einem Wohltätigkeitsempfang, daß es im englischen Parlament eine „Micky Maus“ und einen „Donald Duck“ gäbe, so benannt nach den bekannten Figuren Walt Disney's. George Lansbury, der Friedensapostel, heißt bei den Abgeordneten „Onkel George“, der Luftfahrtsminister Sir Kingsley Wood wegen seiner etwas weiblich geratenen Figur „Tante Annie“, ein anderer Abgeordneter, der in den Debatten die hochschwebenden Gemüter dämpft, ist der „Feuerwehmann“, einer der besonders auf Einhaltung des parlamentarischen Fahrplanes drängt, ist der „Stationsvorsteher“, der Oppositionsführer Alee heißt „höflicher Stier“ und Anthony Eden wird über seinen Beinamen „Valentino“ nach dem beliebtesten aller Filmstars wahrscheinlich kaum böse sein.

weitere Zustrom muß unbedingt gestoppt werden, sonst entsteht auch bei uns unter Umständen eine Judenfrage. Im übrigen muß die Rückwanderung der Ausländer in die Wege geleitet werden. Das Ueberflutungsproblem ist von höchster politischer Bedeutung. Dr. Fritz Wartenweiler wies brieflich auf die humanitäre Seite der Flüchtlingsfrage hin. Die Schweiz kann nur Durchgangsland sein, aber die Leute müssen sich bei uns auf ihre künftige Betätigung vorbereiten können. Der Vorsitzende schlug vor, ausländische Literatur unter Zoll zu stellen und den Ertrag notleidenden Schweizer Schriftstellern zur Verfügung zu stellen. Ferner wies er auf die finanzielle Misere des akademischen Nachwuchses hin.

Der Referent Dr. Rothmund antwortete auf die verschiedenen Voten. Einen schweizerischen Literaturvortrag lehnte er ab. In Anbetracht der 85 Millionen Fr. öffentlicher Armenunterstützung ist die Schwierigkeit der Eingliederung groß. In der Ausweisungspraxis hat eine recht scharfe Praxis eingeleitet, aber wir müssen ein Rechtsstaat bleiben. Die Auswanderung der Ausländer ist auch von Duttweiler empfohlen worden. Übrigens ist diese Bewegung ohnehin schon groß. Die Dienstfrüchlingfrage ist nicht leicht, vielleicht muß jetzt das Hausdienstjahr eingeführt werden. Die Ueberflutungsfrage hat schon vor dem Weltkrieg existiert. Mit der politischen Seite werden wir schon fertig; schwieriger ist die ethnologische. Das Risiko einer antisemitischen Bewegung könnte sehr gefährlich werden. Vor einem Antisemitismus a la Sirelli könnte es an die Wurzeln unseres Staatswesens gehen. Dr. Wartenweiler geht bei aller Achtung vor seiner Stimmung zu weit, wenn er glaubt, wir sollten den Emigranten Arbeit geben. Besser als teure Universitäten zu bauen, wäre es, dem akademischen Nachwuchs in den Sattel zu helfen. Die Berufsorganisationen sollten hier einsteigen. Das Dringlichste ist die Einsicht im Volke in alle diese Fragen.

Ein Lagerleiter aus dem jüdischen Emigrantenlager auf dem Herzberg äußerte sich über seine praktischen Erfahrungen. Er wahrte sich für die Beschäftigung der Lagerinsassen. Namentlich glaubt er, es sollten noch

einige Tausend Flüchtlinge aufgenommen und in Lager untergebracht werden.

Dr. Carl Günther äußerte sich über die Bekämpfung der Schundliteratur. Sie ist weitgehend eine Angelegenheit der Haltung unserer Bevölkerung. Wir dürfen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Ein Zoll auf fremde Literatur ist umangänglich. Besonders schwer ist das Problem der Verbreiter. Zur Dienstbotenfrage bemerkte der Vorstand, daß leider im Neugau der hauswirtschaftliche Unterricht nicht richtig gefördert wird. Großrat Dr. Bachmann (Stäfelbach) wies auf die Revision des Einbürgerungsgesetzes hin. Die Einbürgerungen gingen Jahr für Jahr zurück. Er warf die Frage der Zwangsvereinerung auf.

Ein Jungliberaler aus dem Kanton Solothurn wies auf das Geleistete hin und betonte, daß wir vor allen Dingen an unsere Schweizer denken müssen. Er warf auch die Frage des Theaters und des Schauspielpersonals hin.

Dr. Lauchener gab Auskunft über die Verhältnisse in der Presse und Herr Surbed wies auf ein in den Berner Schulen verwendetes Sprachbüchlein aus Deutschland hin und verlangte „die Schweizerbehörden dem Schweizer Volk“. Ein Auslandschweizer, Herr Witz, wies darauf hin, was unsere Auslandschweizer als wirtschaftliche Vorposten bedeuten. In einem Schlusswort beantwortete Dr. Rothmund alle aufgeworfenen Fragen. Was auf Herzberg geht ist auf schweizerisch, aber wir können nicht weiter gehen. Eine totale Abschließung des Landes in wirtschaftlicher und geistiger Hinsicht droht nicht. Von der Zwangsvereinerung hat bis heute niemand Gebrauch gemacht. Der Referent ist heute im Hinblick auf das Doppelbürgerrecht Gegner. Das Theater haben wir leider zu wenig auf den schweizerischen Rahmen eingestellt. Heute ist jeder einigermaßen degabie Schweizerkünstler untergebracht. Heute besteht das Problem in den zu geringen Gehältern. Das Sprachbüchlein im Bern dürfte heute verschwinden sein. Dem heimkehrenden Auslandschweizer muß heute der Vorrang gegeben werden.

100 %

**Player's** bringt für Sie die Zigarette **VIRGINIA N°6**  
 zu 65 Rp. die 20 Stk.